

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Redaktionen
und die Anzeigenstellen entgegen. —
Gesamtpreis: 10 Pf. wöchentlich.
Fernsprech-Anschluß Nr. 23.

Anzeiger für das Erzgebirge

Angewandte: Die Redaktionsstelle
besteht für Anzeigen aus Aue und
Umgebung in Goldschneide, aus-
wärtige Anzeigen in Goldschneide,
Karlshagen-Poststraße 26 Goldschneide,
amtliche Stelle in Goldschneide.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1990

Nr. 65

Donnerstag, den 18. März 1926

21. Jahrgang

Die Genfer Wetterfahne.

Vertagung bis zum Herbst! — Eine unerwartete Wendung. — Brasilien verlangt den Ratsitz.

Genf, 18. März. Wider Erwarten ist heute der brasilianische Anspruch wieder in stärkster Form aufgetreten. Dieses Spiel beleuchtet am stärksten die Notwendigkeit einer Umgestaltung des Völkerbundes, entsprechend den Vorschlägen, die Coudenhoven-Kalergi in der „Rossischen Zeitung“ erneut veröffentlicht hat. Gewiss, ein großes Werk wirkt das Auftreten Mello Franco angesichts der Tatsache, daß die übrigen latein-amerikanischen Staaten heute vormittag eine Versammlung abgehalten haben, in der sie ausdrücklich einen Trennungsschritt zwischen dem brasilianischen Auftreten und ihrer eigenen Auffassung zogen. Die Ratsmächte haben einen Schritt bei der Regierung in Rio de Janeiro unternommen, um das Veto Brasiliens zu vermeiden. Die Vertreter latein-Amerikas haben einmütig beschlossen, diesen Schritt durch eine gemeinsame Vorstellung in Rio de Janeiro zu unterstützen. Trotzdem scheint Brasilien keine Aktion bis zum äußersten treiben zu wollen.

Vertagung.

Genf, 18. März. Der Besuch Briand und Chamberlains bei Luther und Stresemann hat die entscheidende Wendung angebahnt. Man muß damit rechnen, daß die an den Locarno-Verträgen beteiligten Regierungen sich entschließen, die Völkerbundversammlung bis zum Herbst zu vertagen. Diese Vertagung würde keine Spitze gegen Deutschland enthalten, vielmehr soll, wenn sie unabweislich wäre, vereinbart werden, daß die Locarno-Verträge in Kraft gesetzt werden, gerade so, als ob Deutschland tatsächlich Mitglied des Völkerbundes geworden wäre.

Doch Vollversammlung am Mittwoch.

Genf, 18. März. Ueberraschenderweise trat gegen 7 Uhr abends eine neue Wendung ein. Im Saal der Presse erschien der englische Pressesekretär Stewart und teilte im Auftrage Chamberlains mit, daß eine Vertagung des Völkerbundes nicht mehr beabsichtigt sei. Die Situation im Ratsitz hat sich anscheinend in der letzten halben Stunde wieder vollkommen geändert; es besteht im Augenblick Hoffnung, daß die Vollversammlung morgen stattfindet, nachdem der Anspruch Brasiliens zurückgezogen sei.

Die Stimmung in Spanien.

Madrid, 18. März. Die Stimmung in hiesigen Regierungskreisen bezüglich des Ratsitzes ist pessimistisch, was auch die offizielle Note und die Aussagen Primo de Rivera bestätigen. Spanien gibt deshalb jedoch seinen Standpunkt nicht auf und fordert scheinbar, daß sein Anspruch vor allen anderen geprüft werde, da es der älteste ist. Sämtliche Genfer Berichte heben die unerschütterliche Ruhe und den festen Standpunkt der deutschen Delegation hervor, die inmitten jenes Chaos stehe.

Deutschlands Aufnahme.

Nach der letzten Genfer Meldung vom 18. März wird Deutschland in der Vollversammlung am Mittwoch in den Völkerbund aufgenommen werden.

Nach Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund und in den Rat scheiden freiwillig Schweden (Andén) und die Tschechoslowakei (Benesch) aus. Auf den freigewordenen Sitz Schwedens soll die Vollversammlung Laudon (Holland) oder Zahle (Dänemark), auf den der Tschechoslowakei Strzynski (Polen) wählen. Die dänische Kandidatur ist die wahrscheinlichere, weil Holland keine rechte Lust zeigt, in den Rat zu gehen.

„B. Z. am Mittwoch“ bringt folgendes Programm der Aufnahme:

Die Vollversammlung des Völkerbundes tritt am Mittwoch um 11 Uhr vormittags zusammen. Es wird ihr sofort der Beschluß des Aufnahmearbeitsausschusses vorgelegt, der die Aufnahme Deutschlands empfiehlt. Dieser Antrag des Ausschusses wird von Chamberlain in längerer Rede begründet werden. Danach wird sich wahrscheinlich niemand mehr zum Wort melden, sodas die Abstimmung sogleich erfolgen kann. Es ist so gut

wie sicher, daß die Aufnahme Deutschlands einstimmig angenommen werden wird. Darauf wird großer Wert gelegt, um dadurch in Deutschland die Bitterkeit über die Vorgänge in Genf wieder zu beseitigen.

Die Abstimmung über den Ratsitz.

Hierauf wird der Rat in einem Nebenraum des Reformationsgebäudes zu einer Sitzung zusammentreten, während die Versammlung die Budgetfragen (den Beitrag Deutschlands) erledigt. Die Sitzung des Rats wird nur zehn Minuten dauern und mit dem einstimmigen Beschluß endigen, Deutschland einen ständigen Ratsitz zu geben. Dieser Beschluß wird sogleich der Vollversammlung zur Bestätigung vorgelegt werden. Eine Debatte, wenn sie überhaupt stattfindet, wird sehr kurz sein. Die Versammlung wird dann mit sehr großer Mehrheit, wenn auch wahrscheinlich nicht einstimmig (Brasilien usw.) den ständigen Ratsitz für Deutschland bewilligen.

Der Einzug der Deutschen.

Gleich nach dieser Abstimmung werden die deutschen Delegierten Dr. Luther, Dr. Stresemann und Dr. von Schubert in die Vollversammlung, voraussichtlich unter großem Applaus, einziehen und links vorn vor der Präsidialtribüne auf einer Querbank ihre Plätze einnehmen.

Die erste Begrüßungsansprache wird der Präsident der Versammlung Alfonso da Costa halten. Hierauf folgen Reden Briands und Chamberlains. Beide werden versuchen, die langen Streitigkeiten von Genf wenigstens nachträglich auf ein ideales Niveau zu heben und die große Blamage der Ratspolitik wegzubuspizieren. Briand wird nochmals betonen, daß die letzten Verzögerungen durchaus nicht durch eine deutsch-französische Meinungsverschiedenheit verschuldet seien. Natürlich wird die Geburt des neuen Geistes von Europa gefeiert werden.

Die deutschen Reden.

Dann kommen Dr. Luther und Dr. Stresemann zu Wort, die ihrerseits den Willen Deutschlands zu einer europäischen Freundschaftspolitik und zur Beachtung der Völkerbundspflichten ausprechen werden. Beide Reden werden deutsch gehalten werden und dann von den Uebersetzern der deutschen Delegation Dr. Schmidt, Dr. Michaelis oder Dr. Nord französisch vorgelesen werden. Die Uebersetzung ins Englische besorgt hiernach ein offizieller Dolmetscher des Völkerbundes.

Sodann kommen noch Italien, Japan, ein Vertreter der Kleinen Entente, ein Vertreter der europäischen Neutralen und einer der amerikanischen Staaten zu Wort. Dann folgt Mittagspause.

Der Einzug in den Rat.

Nachmittags folgt dann der Einzug des deutschen Delegierten (wahrscheinlich Dr. Stresemann) in die Sitzung des Rates. Die Tagesordnung dieser Ratsitzung wird drei wichtige Punkte enthalten:

1. die Neuernennung der saarländischen Regierung. Der bisherige Regierungschef, der Franzose Rauff, tritt zurück und wird wahrscheinlich durch einen Kanadier ersetzt. Die Gendarmerie-Frage wird besprochen werden.
2. Der Rat wird endgültig den Zusammentritt der vorbereitenden Komitees für die Weltwirtschaftskonferenz am 26. April und für die Abrüstungskonferenz im Mai beschließen. Beide Komitees werden wohl ohne Rücksicht auf die noch schwebende Auseinandersetzung mit Rußland nach Genf einberufen werden. Es ist aber möglich, daß hierzu schon der Vertreter Deutschlands Stellung nehmen wird.
3. Die Vertreter Schwedens und der Tschechoslowakei werden darauf ihren sofortigen Rücktritt von ihren Ratsitzen mitteilen. Der Rat kann diesen Rücktritt nur zur Kenntnis nehmen, nicht verhindern.

Die Ersatzwahl für Andén und Benesch.

Der Rat wird endlich der nachmittags wieder zusammentretenden Vollversammlung die Demission Andén und Benesch mitteilen und die Wahl Hollands oder Dänemarks und Polens auf die freigewordenen beiden Sitze empfehlen. Die Empfehlung ist nicht bindend. Man glaubt, daß die Vollversammlung nach dem Wunsche des Rates abstimmen wird — aber Ueberraschungen sind nicht ausgeschlossen!

Brasilien verzichtet nicht!

WTB. meldet am Mittwoch mittag 12 Uhr: Genf, 17. März. In der heute vormittag abgehaltenen Sitzung gab der Vertreter Brasiliens Mello Franco die Erklärung ab, daß seine Stellung gegenüber der Veränderung der Ratsitze endgültig und unwiderruflich sei.

Ein Havas-Kommentar.

Paris, 18. März. Ein offizieller französischer Havas-Bericht stellt die Situation in Genf heute nachmittag folgendermaßen dar: Nach der Einigung mit Deutschland bestehen noch zwei Schwierigkeiten. Rumänen wehrt sich gegen den Verzicht der Tschechoslowakei auf den Ratsitz, weil es mit gewisser Sicherheit darauf rechnen könnte, im Herbst dessen Platz einzunehmen. Es verlangt daher eine schriftliche Zusicherung, die von den Alliierten und Deutschland unterzeichnet werden soll, daß die Kleine Entente im September wieder ihren Sitz im Ratsitz einnehmen kann.

Die Opposition Brasiliens dauert unverändert fort. Dringende telegraphische Interventionen, namentlich seitens Englands bei der brasilianischen Regierung wurden vorgenommen, damit Brasilien seinen Standpunkt ändere und die Genfer Verhandlungen nicht länger in Frage stellen. Bisher ist aber noch keine Antwort aus Rio de Janeiro eingetroffen; auch hat die brasilianische Delegation noch keine neuen Instruktionen erhalten.

Briand über die Frage eines deutschen Kolonialmandates.

Paris, 18. März. Havas veröffentlichte heute abend folgende offizielle, offenbar beeinflusste Erklärung: Die Erklärungen, die Briand im Verlaufe eines Empfanges der internationalen Presse in Genf über die evtl. Zuteilung eines Kolonialmandates an Deutschland abgegeben hat, sind in unrichtiger Weise wieder gegeben und ausgelegt worden. Man erklärt in maßgebenden Kreisen, daß niemals die Rede davon gewesen sei, Deutschland legt ein Kolonialmandat zuzuteilen. Briand habe lediglich darauf hingewiesen, daß Deutschland dadurch, daß es in den Völkerbundrat eintreten, das allen Mitgliedern zuerkannte Recht genieße, evtl. ein Kolonialmandat zu erhalten.

Kommunisten und Völkische drängen auf eine Genf-Debatte.

Berlin, 17. März. Das „Berliner Tageblatt“ hört, daß die Völkischen und die Kommunisten beabsichtigen, in der heutigen Plenarsitzung des Reichstages Anträge auf sofortige Besprechung der Vorgänge in Genf zu stellen. Auch in deutschen internationalen Kreisen des Reichstages soll dem genannten Blatt zufolge eine gleiche oder ähnliche Absicht bestehen.

Die amerikanischen Schadenerschadensprüche an Frankreich und England.

Washington, 18. März. Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten wird sich wahrscheinlich noch in dieser Woche mit dem von Senator Borah im Senat eingebrachten Antrag beschäftigen, Verhandlungen über amerikanische Ansprüche gegen England und Frankreich einzuleiten, die aus Verletzungen von Rechten der Neutralen aus der Zeit vor dem Eintritt Amerikas in den Weltkrieg herrühren. Borah erklärte, er könne die Höhe des Betrages, der zum großen Teil aus der durch England und Franzosen vorgenommenen Beschlagnahme amerikanischer Verschiffungen an Neutralen in Europa erwachsen sei, auch nicht annähernd angeben. Die Beschlagnahmen seien mit der Begründung erfolgt, daß die Güter letztlich für Deutschland bestimmt seien.

Bratlanu will den Extronprinzen Carol kompromittieren.

Bukarest, 18. März. „Epoca“ veröffentlicht einen Artikel, in dem es heißt, die Klage der Hija Lambrino sei von der Regierung Bratlanu veranlaßt worden, die den Extronprinzen um jeden Preis und mit allen Mitteln zu kompromittieren beabsichtigt sei. Hija Lambrino habe lange Zeit keinen Fuß erhalten können. In einem gewissen Augenblick habe sie aber nicht nur alle Erleichterungen für ihre Auswanderung, sondern sogar noch Geld bekommen. Wenn die Regierung versuchen sollte, sagt das Blatt hinzu, diese Nachricht zu demontieren, so werde die Redaktion konkrete Beweise erbringen.

In der Kammer interpellierte heute ein oppositioneller Abgeordneter den Kriegsminister im Zusammenhang mit dem Folterprozeß. Der Kriegsminister erwiderte, daß, obwohl die